

18. Juni 2014

PRESSEMITTEILUNG

Rose: Europaweite Aufhetzung verantwortlich für brutale Selbstjustiz gegen Roma-Jungen in Frankreich – Kritik an der Jauch-Sendung vom Sonntag

Die unglaublich brutale Gewalttat gegen einen 16-jährigen Roma-Jungen in Frankreich habe bei der Minderheit der Sinti und Roma Entsetzen und größte Besorgnis ausgelöst, erklärte heute in Heidelberg der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. „Derartige Akte der Selbstjustiz sind die Folge einer zunehmenden europaweiten Hetze und Diskriminierung gegen die Minderheit, die nicht nur durch rassistische Wahlkämpfe der rechtsextremistischen Parteien betrieben wird“, so Rose. Auch populistische Erklärungen bürgerlicher Politiker und eine mancherorts stigmatisierende Medienberichterstattung seien verantwortlich für diese eskalierende Gewalt und Gesetzlosigkeit, erklärte der Zentralratsvorsitzende. Sinti und Roma würden immer wieder öffentlich zu „Sündenböcken“ für bestehende Defizite in Staat und Gesellschaft gemacht, wie sie dies auch schon - ebenso wie die Juden - vor 1945 erlebt hätten, so Rose.

Als jüngstes Beispiel nannte Rose die ARD-Sendung „Günter Jauch“ vom 15. Juni 2014 mit dem Titel „Albtraum Einbruch“. Auch hier sei die Minderheit mit unlauteren Mitteln stigmatisiert und für die bestehenden Probleme als einzige mit ihrer Abstammung – nicht wie bei anderen mit ihrer Nationalität – an den Pranger gestellt worden. Jauch stellte mit der Aussage in einem unseriösen Filmbeitrag, es gäbe „jede Menge Roma-Gruppen, die überall einbrechen gehen“, die gesamte Minderheit unter Generalverdacht. Ein Mitdiskutant freute sich darüber. Auch der anwesende Bundesinnenminister Thomas de Maiziere müsse sich fragen lassen, ob er – als zuständiger Minister für den Schutz der Verfassung und der Minderheiten – die Verantwortung übernehmen kann, wenn nach seiner Äußerung, „Asylunterkünfte“ seien „Schaltzentralen für Einbrüche“, die nächsten Anschläge und Gewalttaten erfolgen, so Rose. Vor den Ereignissen in Rostock 1994 habe es ähnliche Politiker-Äußerungen gegeben und es sei auch nicht ausreichend, wenn der Minister anschließend in der Sendung betonte, er wolle „keinen Generalverdacht“ aussprechen, erklärte der Zentralratsvorsitzende.

Sinti und Roma haben wie jeder andere Bürger das Recht, im Zusammenhang mit Berichten über Beschuldigte mit ihrer Staatsangehörigkeit bezeichnet werden, nicht aber mit ihrer Minderheitenzugehörigkeit (oder wie die Nazis sagten: „Rassezugehörigkeit“). „Dieses rechtsstaatliche Prinzip wird ausschließlich gegenüber unserer Minderheit immer wieder missachtet und damit der Hass und die Ressentiments gegen Sinti und Roma geschürt“, so Rose.

Arnold Roßberg
Justitiar
arnold.rossberg@sintiundroma.de